

Liebe Leserin, lieber Leser!

Brauchen wir die EU überhaupt, dieses bürokratische Monstrum, diese Geldschleuder? Ginge es dem „Zahlerland“ Deutschland nicht viel besser, wenn wir dem Beispiel Englands folgten und Europa auf Abstand hielten? Ein Blick auf die Weltkarte sagt da mehr als Worte. Suchen Sie einmal Deutschland auf dem Globus. Und dann Europa - vergleichen Sie es mit der schieren Größe von USA, Russland, Indien, China. Alle europäischen Staaten wären völlig verloren, wenn sie sich diesen Großmächten und ihren gewaltigen Ressourcen gegenüber allein behaupten müssten. Und außerdem noch in gegenseitiger Konkurrenz stünden wie im von der AfD und anderen Nationalisten propagierten „Europa der Vaterländer“, wo sogenannte „nationale Interessen“ vor denen der Gemeinschaft gestellt werden. Auch der vermeintlich einfache Weg, sich für (zunächst) billige Rohstoffe in das Fahrwasser „starker“ Autokraten zu begeben, ist keine kluge Alternative. Nur eine weitgehend gemeinsame Verteidigungspolitik, Wirtschaftspolitik, Energieplanung und abgestimmtes Handeln zur Dämpfung der Folgen des Klimawandels kann uns das Fortbestehen unserer sicheren und friedlichen Staatengemeinschaft und damit unseres Wohlstands verschaffen. Nur durch ein gemeinsames außen- und ja, auch sicherheitspolitisches Auftreten der Mitgliedsstaaten kann Europa in der Weltpolitik bestehen.

Darum üben Sie Ihr Recht aus und gehen Sie zur Europawahl! Zeigen Sie Autokraten, Nationalisten und Blockierern die rote Karte! Europa muss im Interesse seiner Einwohner*innen seine Unabhängigkeit wahren. Und das geht nur innerhalb einer starken Europäischen Gemeinschaft. Wir kämpfen mit Ihrer Hilfe für ein demokratisches und starkes Europa!

Ihre Petra Hauschulz

Co-Vorsitzende SPD Lichterfelde West

Keine Toleranz der Intoleranz!

**1969 Willy Brandt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen.“
Heute gilt: „Wir müssen die Demokratie bewahren!“**

Zum ersten Mal seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 ist unsere Demokratie in Gefahr. Auf die zahlreichen Krisen in der Welt reagieren viele Menschen mit Unsicherheit. Das Vertrauen in die Politik, in die Demokratie nimmt ab. Trotz vieler Mängel und Schwächen ist sie die beste Staatsform, die Deutschland je hatte.

Mit unserem Grundgesetz werden allen Menschen Grundrechte und Menschenwürde garantiert. Allen Menschen ohne Unterschied - unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft oder Bildung.

Demokratie lebt davon, dass gestritten wird, dass andere Meinungen respektiert werden und von der Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, Meinungen von Fakten zu unterscheiden.

Rechtsextreme und Neonazis wollen unsere Republik und diese Demokratie zerstören. Rechtsextreme Einstellungen, völkisches Denken und Antisemitismus, Rassismus, Hass und Hetze gegen Institutionen und Menschen, Verschwörungsideologien und eine tabubrechende Sprache sind alltäglich geworden.



Und das 79 Jahre nach dem Ende des schlimmsten aller Kriege, nach dem Ende der Nazidiktatur, in der Millionen Juden ermordet, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftler und engagierte Christen verfolgt und getötet wurden.



Das alles findet nicht irgendwo „da draußen“, scheinbar weit weg, statt. Aufmärsche, öffentliche Kundgebungen und geheime Treffen der Rechtsextremen finden in unserer Nachbarschaft statt. Die Verteidigung unserer Demokratie geht uns alle an. Dabei ist Nichtwählen keine gute Strategie: Nichtwähler stärken die rechtsextremen und schwächen die demokratischen Parteien.

Wir als Mehrheit sind nicht länger bereit, den Feinden unserer Demokratie das Feld zu überlassen. Wir müssen aufstehen gegen Neonazis, Antisemiten und Rassisten, gegen diejenigen, die unsere Demokratie mit Worten und mit Taten zerstören wollen. Weghören ist der falsche Weg und keine Lösung!

Wir müssen uns einmischen, in Gesprächen am Stammtisch, in der Nachbarschaft, auf der Arbeit, auch in Vereinen, Verbänden, in privaten Kreisen. Wir müssen uns auch in der Öffentlichkeit zeigen und gemeinsam gegen rechts demonstrieren. Bekennen Sie sich zu unserer Demokratie!

Handeln Sie solidarisch, wo andere Menschen beleidigt oder angegangen werden. Helfen Sie mit, unser Leben, unsere Demokratie, vor unserer Haustür und darüber hinaus zu schützen und weiterzuentwickeln. Suchen Sie sich Verbündete und widersprechen Sie menschenfeindlichen Aussagen. Stellen Sie sich gegen dumpfe, radikale, unverbindliche, glatte Lösungen. Stellen Sie sich gegen die Populisten! Seien Sie nicht gleichgültig gegenüber den Gefährdungen unserer Demokratie. Für uns muss gelten: Keine Toleranz der Intoleranz!

Wir alle sind jetzt gefordert!

Jörg Hennerkes

Europa - spürbar nah

Das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit



Europa – das löst im Jahr 2024 bei uns ganz unterschiedliche Befindlichkeiten aus. Da wir alle am 09. Juni 2024 aufgerufen sind, unsere Stimmen einer demokratischen Partei zu geben, ist es wichtig, den Blick auf Europa zu schärfen. Niemand wird bestreiten, dass die Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Stellung einnimmt im Projekt Europa. Nach den Erfahrungen von zwei verheerenden Weltkriegen wurde hier Schritt für Schritt ein Friedensprojekt aufgebaut.

Durch Kooperation, verflochtene Wirtschaftsräume, Freizügigkeit der Aufenthaltsrechte, gemeinsamer Währung und dem Verzicht auf Grenzkontrollen entstand ein Kontinent Europa, den viele Menschen als ein sicheres zu Hause empfinden.

Wir erleben andererseits, wie brüchig dieses Europa sein kann, wenn ein gespaltenes Großbritannien die EU verlässt und in vielen anderen Ländern Rechtspopulisten drohen, diesem Weg zu folgen. Damit würde Europa in der bislang bekannten Form zerbrechen und den Weg zur Nationalstaaterei zurückgehen, verbunden mit Machtvorstellungen, Grenzstreitigkeiten und ständig schwelenden Konflikten, die zu einem Flächenbrand werden können. Das haben wir im letzten Jahrhundert erlebt und erlitten.

Da steht eine mächtige Verantwortung, die diplomatische Aufgabe mit dem Europäischen Kontinent für die Aufrechterhaltung von Demokratie, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, neben banalen Auswirkungen im Alltag, auch bei uns im Bezirk. Zunächst beschließt das Land Berlin regelmäßig die

Vorgaben für das Operationelle Programm, welches an die fünfjährigen Förderungen der EU anschließt. Davon profitiert Steglitz-Zehlendorf im Rahmen von Landesprogrammen, wie zum Beispiel die Etablierung des Quartiersmanagements in der Thermometersiedlung. Das klingt wie ein technokratischer Begriff, ist aber in der Auswirkung für die Menschen in Lichterfelde Süd deutlich spürbar. Bauliche Verbesserungen in einem belasteten Viertel, Beteiligungsstrukturen und kulturelle Angebote, die Verbesserungen der Sozialstruktur sind bereits messbar.

In allen Berliner Bezirken, auch in Steglitz-Zehlendorf existiert das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, in diesem Gremium werden Förderprogramme der EU vergeben. Mit diesen Mitteln wurde zum Beispiel die Sanierung und Modernisierung der Ladenstraße am Bahnhof Onkel-Toms-Hütte finanziert und auch der Wiederaufbau nach dem Brand unterstützt. Ganz aktuell geht durch die Medien die Erneuerung und attraktive Neugestaltung der Ronneby-Promenade, also der Schiffsanlegestellen am Wannsee, finanziert durch Fördermittel der EU.



Zwei langfristige Projekte in unserem Bezirk dienen der gezielten Anwerbung von Fachkräften für Mangelberufe Erzieherin und Pflegefachkraft. Hierzu wurden Praktika vermittelt und Messen veranstaltet, beide Projekte haben erfolgreich zur Bindung der Fachkräfte beigetragen. Dabei geht es immer darum, Menschen mit Beeinträchtigungen, nach längerer Arbeitslosigkeit, nach schwierigen Lebensphasen den (Wieder-) Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Darin erkennen wir den grundsätzlichen Ansatz der Europäischen Union, es geht um einen Wirtschaftsraum. Innerhalb dieses Wirtschaftsraums wird für soziale Daseinsvorsorge gestritten, werden Mindestlöhne verhandelt und ebenfalls ganz aktuell ein Lieferkettengesetz verabschiedet, welches faire Arbeitsbedingungen festlegt, über Europas Grenzen



hinweg. Das wird von bestimmten Gruppierungen erneut als Bürokratie verschrien, aber Menschenrechte müssen immer wieder erstritten werden und Europa scheut sich nicht, Anstrengungen anzunehmen.

Schöne Beispiele sind zum Schluss im Bereich der Kultur zu erwähnen. Wir dürfen uns schon jetzt auf den Europäischen Monat der Fotografie im Frühjahr 2025 freuen, das größte Kulturevent im Bereich der Fotografie in Deutschland – finanziert mit Mitteln der EU.

Möglich wäre außerdem, mit Hilfe europäischer Fördergelder eine weitere Stadtteilbibliothek in Steglitz-Zehlendorf zu errichten, dafür kämpft die SPD-Fraktion in der BVV!

Carolina Böhm

Stadträtin des Bezirks Steglitz-Zehlendorf für Jugend, Gesundheit und Integration

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:

Abteilung Lichterfelde West
der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands (SPD).

ViSdP: Alexander Niessen
SPD-Kreisbüro
Thaliaweg 15
12249 Berlin

Telefon: 76 67 985 4 (Kreisbüro)
Internet: www.spd-lichterfelde-west.de

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de
Fotos: Redaktion

Klimaneutral gedruckt.

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe.

Aus Berlin für Sie nach Brüssel ins Europaparlament



GABY BISCHOFF MdEP

Lieferkettengesetz, Reform des Europäischen Asyl- und Migrationssystems oder Mindestlohnrichtlinie: Für viele Berlinerinnen und Berliner ist die EU weit weg und die Themen und Debatten im Alltag nur schwer greifbar, insbesondere in Zeiten von Preissteigerungen und sozialen Problemen.

Umso interessanter und beeindruckender ist es, unsere Berliner Europaabgeordnete im EU-Parlament, Gaby Bischoff, beim Diskussionsabend und Bürgergespräch live mitzerleben. Ruhig, sachlich und in einfachen Worten beschreibt sie, dass Europäische Politik viel näher ist als wir manchmal denken und worauf es bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament ankommt. Man merkt ihr die Überzeugung für das europäische Projekt an.

Doch wer genau ist die Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die **Europawahl am 09. Juni 2024** und wofür steht sie?

Überzeugte und leidenschaftliche Europäerin und Gewerkschafterin

Gaby Bischoff beschreibt sich selbst als leidenschaftliche Europäerin und das aus vielen Gründen. Sie ist begeistert von der Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Traditionen, die sich in diesem Europa vereinen. Die Europäische Union ist für sie vor allem ein gemeinsames Projekt, das Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit für alle seine Bürgerinnen und Bürger sichern soll.

Zur Europapolitik gekommen ist sie vor allem über ihre Lebensgeschichte: Ihre berufliche Reise führte sie von der Expresszustellerin bei der Deutschen Post über die Leitung der Abteilung für Europapolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund bis zur Präsidentin der Arbeitnehmergruppe beim Europäischen

Wirtschafts- und Sozialausschuss. Als Gewerkschafterin und Sozialdemokratin wuchs in diesen beruflichen Stationen ihr Engagement für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in der EU.

Seit dem Einzug als Abgeordnete im Europäischen Parlament im Jahr 2019 setzt sie sich daher für Mindestlohn, Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit ein. Denn Gaby Bischoff ist überzeugt, dass Europa nach Jahren der Sparmaßnahmen auch ein positives Projekt braucht, um den wachsenden Ungleichheiten zu begegnen. Hier gibt es noch viele Baustellen, denn vom Wohlstand in Europa sind leider noch immer viele ausgeschlossen.

EU-Reform und Stärkung der Demokratie in Europa

Viele Beobachter befürchten bei den Europawahlen große Zugewinne für rechtspopulistische und extremistische Parteien. Diese populistischen Kräfte versuchen den europäischen Zusammenhalt zu untergraben. Neben der sozialen Frage ist deshalb der Zustand der Demokratie in Europa ein zentrales Anliegen für Gaby Bischoff.

Ihre Antwort auf die Herausforderungen: Mitsprache und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Europapolitik müssen gestärkt und Entscheidungen müssen transparent gemacht werden.

Das ist umso wichtiger, da es in manchen Politikfeldern auf europäischer Ebene eine lange Zeit braucht für einen Kompromiss und die europäische Politik insgesamt schwerfälliger geworden ist. Die EU erscheint so mitunter als gelähmter Riese, der seine volle Stärke nicht ausschöpfen kann.

Es ist deshalb entscheidend, in der



nächsten Legislaturperiode eine grundlegende Reform der EU voranzutreiben. Die EU soll handlungsfähiger, demokratischer und sozialer werden. Das wird umso dringlicher, da die EU sich erweitern und neue Mitglieder aufnehmen möchte.

In dieser Legislaturperiode hat das EU-Parlament dazu Reformvorschläge vorgelegt, an deren Ausarbeitung Gaby Bischoff als Berichterstatteerin beteiligt war. Gefordert wird unter anderem die Abschaffung der Einstimmigkeit, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und ein Initiativrecht des Parlaments, damit es

eigenständig Gesetzgebungsvorschläge einbringen kann. Diese Reformvorschläge können das Vertrauen in die Arbeit des Europäischen Parlaments stärken. Nun liegt der Ball bei den Mitgliedsstaaten der EU, den Weg zu einer Reform der EU zu ebnen.

Ein gerechtes, sicheres und zukunftsorientiertes Europa

Bei den anstehenden Europawahlen beschreibt Gaby Bischoff und die Berliner SPD die Vision eines „gerechten, sicheren und zukunftsorientierten Europas“. Doch was ist darunter zu verstehen?

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges und der geopolitischen Herausforderungen ist Europa dann **sicher**, wenn die EU der Garant für Frieden und Sicherheit ist. Dazu gehört, dass die EU in der Welt mit einer Stimme spricht und sich mit internationalen Partnern in der Welt als Friedensmacht einsetzt. Das geht nur gemeinsam auf europäischer Ebene, der Einfluss der einzelnen Mitgliedsstaaten ist hier eher begrenzt.

Die Politik der Europäischen Union ist **zukunftsorientiert**, wenn die Wirtschaft klimaneutral wird und der europäische Binnenmarkt als Fundament des europäischen Wohlstands verbessert wird. Entscheidend für Gaby ist jedoch, dass diese Klimapolitik der EU sozial **gerechter** gestaltet und die Beschäftigten stärker in den Gestaltungsprozess des Wandels beteiligt werden.

Auch in Fragen der sozialen Gerechtigkeit gilt, dass viele Probleme nur gemeinsam auf europäischer Ebene angegangen werden können. Sozial- und Lohndumping oder Steuerminimierung von Unternehmen lassen sich nicht wirkungsvoll auf der Ebene der Mitgliedsstaaten bekämpfen.

Worauf es bei der EU-Wahl ankommt

Bei der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament geht es vor allem darum, diese inhaltlichen Schwerpunkte der EU-Politik für die nächsten 5 Jahre zu bestimmen. Es wird aber auch darum gehen, Flagge zu zeigen gegen Rassismus und Ausgrenzung und für die Demokratie.

Die Parteien, die unsere Gesellschaft spalten sind auch jene, die einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union anstreben. Dem setzt Gaby Bischoff und die Berliner SPD eine Zukunftsvision für Europa entgegen, das niemanden zurücklässt - zum Wohle aller, nicht nur einiger Weniger.

Konrad Rux

Ein Lichterfelder Wahrzeichen verschwindet

Fragen an **Tiemo Klust**, Projektleiter bei der **Vattenfall Wärme Berlin AG**

Die bisher weithin sichtbaren Schornsteine des Heizkraftwerks Lichterfelde werden abgebaut. Was passiert da und wie lange dauert das noch?

Tiemo Klust: An unserem Kraftwerksstandort in Lichterfelde erfolgt ein umfassender Rückbau im Rahmen einer Transformation des gesamten Standorts hin zu einer klimaneutralen Strom- und Wärmeerzeugung für Berlin.

Die Rückbaumaßnahmen haben im September 2023 begonnen und sollen bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Zurückgebaut werden die drei Kesselhäuser und die drei dazugehörigen Schornsteine, das Turbinen- und Pumpenhaus, die ehemaligen Gebäude zur Rauchgasreinigung, der Kühlturm 1 sowie diverse Nebenanlagen. Der äußerlich sichtbare Rückbau der Schornsteine ist im Gange. Der von weitem sichtbare Kühlturm 1 wird ab dem 2. Quartal 2024 zurückgebaut. Der Rückbau der Gesamtanlage erfolgt schrittweise von Süd nach Nord (von Kesselhaus 3 zu 1).

Seit wann steht das Heizkraftwerk und kommt bei so einer langen Geschichte bei den Beschäftigten Nostalgie auf?

Das Heizkraftwerk Lichterfelde wurde von 1969 bis 1974 errichtet - mit seiner langen Historie begleitete es viele Anwohnerinnen und Anwohner seit deren Kindheit.

Aber das Heizkraftwerk hat nicht nur das Landschaftsbild des Berliner Südens geprägt, sondern war auch schon immer ein Standort, der durch kontinuierliche Modernisierung und Technologieanpassung im Wandel ist: In den Jahren 1988, 1997 und 1998 wurden die drei Kraftwerksblöcke von Schweröl- auf Erdgasbefeuerung umgerüstet.



Die Altanlage mit ihren drei Kraftwerksblöcken ist inzwischen komplett stillgelegt, Block 2 wurde Ende 2015 außer Betrieb genommen, Ende 2019 erfolgte die Abmeldung der Blöcke 1 und 3.

Im Rahmen unseres Modernisierungsprogramms für Berlin wurde auf dem Kraftwerksgelände bereits ein klimafreundliches Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerk neu errichtet und in Betrieb genommen.

Der Rückbau der Gesamtanlage ermöglicht eine zukunftsfähige Neugestaltung dieses Kraftwerkstandorts. Auch wenn der Abschied nicht allen leicht fällt - unsere Belegschaft vor Ort freut sich auf diese Herausforderung und arbeitet intensiv an der Vorbereitung auf die neuen klimaneutralen Anlagen.

Wieso muss denn überhaupt zurückgebaut werden? Was kommt jetzt?

Die Vattenfall Wärme Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, die Wärmeerzeugung bis 2040 komplett klimaneutral zu gestalten.

Gleichzeitig werden mit dem Rückbau die Auflagen der örtlichen Behörden erfüllt. Im Zuge dieser Umgestaltung wird auch dieser Standort einer umfassenden Transformation unterzogen.

Um perspektivisch eine fossilfreie Wärmeerzeugung zu ermöglichen, soll zukünftig ein Mix verschiedener, klimaneutraler Erzeugungsanlagen zum Einsatz kommen.

Sie werden das Erzeugen von Fernwärme aus Gas durch andere Erzeugungstechniken, z.B. aus überschüssigem Wind- bzw. Solarstrom ablösen. Das Augenmerk liegt unter anderem auch auf der Fähigkeit, in Zukunft auch klimaneutralen Wasserstoff nutzen zu können. Dadurch würden die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Erdgasbetrieb drastisch reduziert.

Klaus Brückner

SPD Lichterfelde West mit neuem Vorstand

Alle zwei Jahre wählen die Mitglieder der SPD Lichterfelde West einen neuen Vorstand. Am 27. Februar 2024 war es wieder soweit. Einige bisherige Vorstandsmitglieder stellten sich zur Wiederwahl bzw. kandidierten für andere Funktionen im Vorstand. Andere bewarben sich zum ersten Mal.

Als Vorsitzende wurden Petra Hauschulz und Alexander Niessen gewählt, ihre Stellvertreter sind Carolina Böhm, Annika Klesse und Martin Matz. Anette Hennerkes kümmert sich als Kassiererin weiterhin um die Finanzen und Andre Loraj wurde im Amt des Schriftführers bestätigt. Zu Beisitzer*innen wurden gewählt: Susanne Kitschun, Monika Klesse, Klaus Brückner, Michael Rump-Räuber, Konrad Rux, Dominic Stingl und Matthias Trenzcek.

Entsprechend unserer Nominierung wurden in der Kreisdelegiertenversammlung am 14. April 2024 in den Geschäftsführenden Kreisvorstand der SPD Steglitz-Zehlendorf gewählt: Martin Matz als einer der stellvertretenden Vorsitzenden, Anette Hennerkes als Kreiskassiererin und Matthias Trenzcek als Mitglied und Sprecher der Antragskommission. In den erweiterten Vorstand wurden Petra Hauschulz, Alexander Niessen, Andre Loraj und Dominic Stingl gewählt.

Die SPD Lichterfelde West ist damit weiterhin gut gerüstet für die kontinuierliche politische Arbeit vor Ort und für die Herausforderungen in den nächsten Jahren.

Aus dem Abgeordnetenhaus berichtet unser Abgeordneter Martin Matz

Baumaßnahmen am Hindenburgdamm – Ideen gesucht zur Unterstützung der Gewerbetreibenden

Die Dauerbaustelle am Hindenburgdamm ist eine Herausforderung: Die Verkehrssituation ist teils unübersichtlich, Anwohnende gelangen nur über Umwege in ihre Häuser und nicht immer kommen Lieferdienste und Kundschaft auf direktem Wege in die Läden der Gewerbetreibenden.



Ein Ende des Zustandes ist vorerst nicht in Sicht. Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) erneuern entlang des Hindenburgdamms ihre Leitungen und der Energieversorger Vattenfall verstärkt auf etwa drei Kilometern das Stadtwärmenetz. Noch bis mindestens Ende 2026 müssen sich die Anlieger auf Einschränkungen im Zusammenhang mit der Baustelle einstellen.

Umso wichtiger ist es, die Situation vor Ort mit Ideen und Vorschlägen zumindest vorübergehend etwas zu verbessern. Beim letzten Runden Tisch im Gutshaus Lichterfelde wurde daher die Einführung eines Standortmanagements am Hindenburgdamm präsentiert. Der Bedarf für einen Ansprechpartner mit Vor-Ort-Büro, der in die Läden reingeht und auch für Anliegen der Bewohner*innen bereitsteht, ist definitiv vorhanden. Ein solches Standortmanagement gab es zuvor bereits am Kranoldmarkt in Lichterfelde Ost und an der Ladenstraße Onkel-Toms-Hütte in Zehlendorf und wurde gut angenommen. Noch ist die Finanzierung nicht gesichert, dafür müssen zunächst noch Fördermittel beantragt werden. Allein kann der Bezirk das nicht stemmen, senatsseitig wurde bereits eine Förderung zugesagt und auch EU-Mittel kommen in Betracht. Vorgeschlagen wurde zudem, mit einer Motivationskampagne dafür zu werben, lokal in den Geschäften am Hindenburgdamm statt online einzukaufen.

Hilfe bei Problemen mit der Berliner Polizei und Verwaltung

Es läuft nicht immer alles rund bei der Kommunikation der Bürger*innen mit der Berliner Verwaltung. Da sind Behörden teilweise nicht erreichbar oder lange Bearbeitungszeiten verzögern dringend benötigte Leistungen. Dieser Befund ist ein klarer Arbeitsauftrag an die Berliner Politik, das Versprechen der funktionierenden Stadt einzulösen. Im konkreten Einzelfall können sich die Berliner*innen aber auch an den Bürger- und Polizeibeauftragten von Berlin wenden. Hinter dem sperrigen Namen steckt eine unabhängige staatliche Beschwerdestelle, die bei Konflikten mit Behörden und der Berliner Polizei beratend zur Seite steht.

Das Verfahren ist kostenfrei und zielt auf eine Schlichtung in Streitfällen. Im Jahr 2023 konnten so 429 Beschwerdeverfahren geklärt werden – es könnten ruhig noch ein paar Fälle mehr werden in nächster Zeit.

Aus der Bezirksverordnetenversammlung berichtet unser BVV-Mitglied Alexander Niessen:

Eine neue Jugendfreizeiteinrichtung für Lichterfelde West



Als Anfang des Jahres der Träger das Ende der Kita am Tietzenweg 13 ankündigte, war die Sorge um die Kitaplätze und den Standort für den Kiez groß. Dank des zügigen engagierten Einsatzes des Jugendamtes und der Bezirksstadträtin Carolina Böhm (SPD) kann der Standort nun mit einem neuen Konzept weitergeführt werden. Neben dem Weiterbetrieb als Kita, wird ein räumlich abgetrennter Teil des tollen Gebäudes mit dem großen Garten in eine Jugendfreizeiteinrichtung umgewandelt. Ein neuer Träger wurde hierfür bereits ausgewählt. Die Eröffnung ist schon für die zweite Jahreshälfte geplant. Für die Jugendlichen und Familien im Kiez sind das gute Nachrichten, denn der Bereich nahe der Drakestraße ist seit langer Zeit im Bereich der Jugendarbeit unterversorgt.

Zukunft des „Spucki“ weiter unklar

Schon länger ist das Sommerbad „Spucki“ am Hindenburgdamm wegen großen Sanierungsbedarfs geschlossen und ein Brand Anfang des Jahres hat die Chancen auf eine baldige Wiedereröffnung noch weiter verschlechtert.

Die demokratischen Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung setzen sich gemeinsam für eine schnelle Wiedereröffnung des Bades ein, damit nicht noch ein wichtiger Ort für Kinder, Jugendliche und Familien im Bezirk verloren geht.

Insgesamt ist es um die Versorgung mit Schwimmflächen im Bezirk schlecht gestellt.

Nun liegt es in der Hand der Bezirksstadträtin Cerstin Richter-Kotowksi (CDU) gemeinsam mit den Akteur*innen auf Landesebene sich endlich für die Sanierung, den Erhalt und den Neu- und Ausbau von Hallen- und Sommerbädern im Bezirk einzusetzen!

Bebauungsplan für Lichterfelde Süd beschlossen

Nach fast 20 Jahren zwischen den ersten Ideen und langen, intensiven Debatten wurde der Bebauungsplan für das große Neubaugebiet auf ehemaligem Bahngelände in Lichterfelde Süd im März von der BVV beschlossen. Unter anderem wird mit über 2000 neuen Einheiten dringend benötigter Wohnraum für unseren Bezirk geschaffen. Die Arbeit ist aber noch nicht getan: die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der neue Wohnort vieler neue Lichterfelder*innen gut an den öffentlichen Verkehr angebunden wird und dass mit einer neuen Schule und Kitas sowie mit ausreichender Nahversorgung die soziale Infrastruktur verlässlich und zeitnah geschaffen wird. Ebenso wollen wir, dass auch ohne Verzug ein Träger für den zu gestaltenden Gedenkort in den erhaltenen Barracken des ehemaligen Nazi-Zwangsarbeiterlagers Lichterfelde gefunden wird, für den sich viele Bürger*innen schon seit Jahren engagieren.